



**Beschluss der MU-Landesversammlung - Bayerischer Mittelstandstag
vom 15. Oktober 2016 in Erlangen**

Bundesdigitalisierungsplan

Vergleichbar mit dem Bundesverkehrswegeplan ist durch die Bundesregierung ein Bundesdigitalisierungsplan aufzustellen, der für einen Zeitraum von 15-20 Jahren den Ausbau der Infrastruktur zum Zugang zum Internet plant und die notwendigen Haushaltsmittel sicherstellt.

Sofern dies auf Bundesebene nicht realisiert werden kann, sollte die Bayerische Staatsregierung die Vorreiterrolle übernehmen.

Begründung:

Ausgangssituation

Es ist das allgemeine Verständnis, dass ein ausreichender Zugang zum Internet eine existenzielle Voraussetzung für die zukunftssichernde Geschäftstätigkeit von Unternehmen ist.

Viele Initiativen sind darauf ausgerichtet, möglichst schnell eine entsprechende Infrastruktur aufzubauen.

Problemstellung

Durch eine weitere Digitalisierung der Wirtschaft und neue Anwendungen wird Innerhalb der nächsten Jahre der Bedarf weiter steigen. Sind aktuell Bandbreiten von etwa 30-50 MBit als ausreichend bewertet, wird dieses bis zum Jahr 2025 auf mehr als

100 MBit steigen. Zudem kommen weitere Kriterien wie Latenzzeiten, Upload-Bandbreiten und weitere Services zum Tragen.

Das Zusammenspielen der diversen Ansätze (digitale Dividende, Breitbandaufbau, WLAN, mobiles Internet) ist nicht abgestimmt und muss stärker auf die Nutzung für die Geschäftstätigkeit ausgerichtet werden.

Sowohl für Netzbetreiber, als auch für die gewerblichen Nutzer, besteht eine große Unsicherheit bzgl. der weiteren Entwicklung. Migrationen sind nicht in der Planung und die langfristige Finanzierung unklar.

Förderungen lokaler Ausbaumaßnahmen können zu Einschränkungen in der Verfügbarkeit von Services und der Einschränkung langfristiger Zukunftssicherheit führen.

Mit erheblichen Investitionen werden Internetanbindungen zur Verfügung gestellt. Offen ist die weitere Entwicklung und Migrationen bei der erwarteten weiteren Steigerung der notwendigen höheren Bandbreiten und kürzeren Latenzzeiten. Langfristig müssen die entstehenden Kosten durch die Nutzung getragen und erwirtschaftet werden. Entsprechend müssen die technischen Möglichkeiten, die gewollte Deregulierung und die Haushaltsmittel in Gleichgewicht gebracht werden.

Lösungsskizze

1. Es ist ein langfristiger Plan (15-20 Jahre) entwickelt und fortgeschrieben, der die Migration auf die zukünftigen Technologien berücksichtigt und eine langfristige Stabilität und Planungssicherheit für Betreiber und wirtschaftliche Nutzer sicherstellt. Vergleichbar mit dem Bundesverkehrswegeplan ist dieser aufzustellen und für einen Zeitraum von 10 Jahren mit Haushaltsmitteln zu unterlegen.
2. Bedingt durch die Bedeutung der Digitalisierung und die Komplexität der Thematik ist die Einrichtung einer eigenständigen Stelle notwendig, welche neben der Infrastruktur die Netzneutralität und digitale Normen sicherstellt.